S 10 U 62/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	-
Sozialgericht	Sozialgericht Münster
Sachgebiet	Unfallversicherung
Abteilung	-
Kategorie	-
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 10 U 62/17
Datum	18.11.2019

2. Instanz

Aktenzeichen	L 10 U 675/19
Datum	-

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Tatbestand

Â

Die KlÃ¤gerin begehrt die Feststellung des Ereignisses vom 14.05.1998 als Arbeitsunfall.

Â

Die 1964 geborene KlÃ¤gerin wurde zu Beginn ihres Medizinstudiums an der UniversitÃ¤t N. gemÃ¤Ã den Impfeempfehlungen der stÃ¤ndigen Impfkommision am 25.11.1997, 01.12.1997 und letztmalig am 14.05.1998 gegen Hepatitis B geimpft. Im Anschluss an die letzte Impfung traten nach Angaben der KlÃ¤gerin am 16.05.1998 erstmals DysÃsthesien, am 18.05.1998 eine Kraftminderung des rechten Beines und am 20.05.1998 eine solche der rechten Hand auf. Im UniversitÃ¤tsklinikum Â N.

wurde die KlÃ¤gerin vom 20. bis 26.05.1998 unter der Verdachtsdiagnose

einer Myelitis stationär behandelt. Im April 2000 wurde im Universitätsklinikum N. erstmals die Diagnose Multiple Sklerose (MS) gestellt.

Ä

Im Juni 2006 wandte sich die Klägerin an die Beklagte und machte ihre MS-Erkrankung als Folge der Hepatitis B-Impfungen geltend.

Ä

Mit Bescheid vom 10.10.2007 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.12.2007, auf dessen Begründung Bezug genommen wird, lehnte die Beklagte es ab, das Ereignis vom 14.05.1998 als Arbeitsunfall anzuerkennen und Leistungen aus der

Gesetzlichen Unfallversicherung zu gewähren.

Ä

Mit Urteil vom 27.07.2011 hat das Sozialgericht Münster die von der Klägerin erhobene Klage abgewiesen. Auf die Entscheidungsgründe wird Bezug genommen.

Ä

Mit Urteil vom 11.08.2015 hat das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen die Berufung der Klägerin zurückgewiesen.

In dem Urteil wurde unter Berücksichtigung der Gutachten und wissenschaftlichen Studien festgestellt, dass sich ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Hepatitis

B-Immunsierung und den Gesundheitsstörungen der Klägerin nicht mit der notwendigen Wahrscheinlichkeit nachweisen lässt. Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen hat sich in den Urteilsgründen ausdrücklich mit dem Auftreten einer Myelitis auseinander

gesetzt. In der Begründung heißt es: „Die Ursächlichkeit der Impfung für das Auftreten der Myelitis und der sich im Verlauf entwickelten MS ist damit allerdings nicht nachgewiesen.“

Ä

Gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen wurde Beschwerde eingelegt. Mit Beschluss vom 16.02.2016 wurde durch das Bundessozialgericht die Beschwerde als unzulässig verworfen.

Ä

Mit Schreiben vom 23.04.2016 beantragte die KlÄgerin, die ab dem 16.05.1998 aufgetretene Myelitis, einschlieÙlich des ICD-10 Codes als Erstgesundheitschaden korrekt festzustellen und anschlieÙend den Kausalzusammenhang zwischen der Hepatitis

B-Grundimmunisierung mit dieser Myelitis zu klÄren. Als Anlage fÄgte sie ihrem Schreiben Unterlagen des personalÄrztlichen Dienstes der UniversitÄtsklinik Magdeburg zu der im Jahre 1997/1998 erfolgten Hepatitis B-Grundimmunisierung bei.

Ä

Mit Schreiben vom 16.07.2016 reichte die KlÄgerin eine ergÄnzende Stellungnahme ein und informierte zusammenfassend Äber das Ergebnis des zwischenzeitlich veranlassten fachneurologischen Gutachtens des Herrn Dr. I..

In seinem Gutachten bezieht sich Dr. I. auf verschiedene Publikationen. So hÄtten Untersuchungen belegt, dass Impfungen eine Autoimmunreaktion hervorrufen kÄnnten, die wiederum eine Myelitis ausÄsen kÄnnten. Andere Ursachen hÄtten in nur sehr seltenen FÄllen die AusÄsung einer Myelitis belegt. Weiterhin fÄhrt der Gutachter aus, dass zum Zeitpunkt des Gesundheitserstschadens und in den folgenden zwei Jahren lediglich eine Myelitis ohne Hinweis auf eine multiple Erkrankung vorgelegen hÄtte. Aus einer Myelitis wÄrde sich bei ca. 50 % der FÄlle eine Multiple Sklerose entwickeln. Die hinreichende Wahrscheinlichkeit im Sinne der Entstehung der haftungsbegrÄndenden KausalitÄt in diesem Einzelfall wÄrde vorliegen.

Ä

Mit Bescheid vom 31.08.2016 lehnte die Beklagte die RÄcknahme der Entscheidung vom 10.10.2007 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.12.2007 nach Ä§ 44 des 10. Buches des Sozialgesetzbuches (SGB X) ab.

BegrÄndet wurde diese Entscheidung im Wesentlichen damit, dass zum einen der Gesundheitsschaden Myelitis seinerzeit nicht mit Vollbeweis gesichert werden konnte und es zum anderen â auch unter dem Eindruck der bei der Antragstellung eingereichten Unterlagen â mangels neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse bei dem im Rechtsstreit Äber die Rechtswidrigkeit des ablehnenden Bescheides vom 10.10.2007 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.12.2007 nach aufwÄndiger Beweiserhebung gefundenen Ergebnis bleiben mÄsse, dass die Hepatitis-B-Immunsierung fÄr die GesundheitsstÄrungen (einschlieÙlich der nicht im Vollbeweis gesicherten GesundheitsstÄrung â Myelitisâ) lediglich mÄglicherweise nicht jedoch hinreichend wahrscheinlich die rechtlich wesentliche Ursache sei.

Ä

Dagegen legte die KlÄgerin Widerspruch ein und machte geltend, dass sie keine

Feststellung nach [Â§ 44 SGB X](#) begehren wÃ¼rde, sondern die erstmalige Feststellung einer isolierten Myelitis als Gesundheitserstschaden. Der Gesundheitserstschaden wÃ¼re im 1. Verfahren nicht korrekt festgestellt worden. Ihrem Schreiben fÃ¼gte sie eine erneute Unfallanzeige bei, die die konkrete Verletzung anzeigen wÃ¼rde.

Des Weiteren gehe aus dem Bescheid vom 31.08.2016 nicht hervor, welcher Gesundheitserstschaden festgestellt worden sei. Dennoch wÃ¼re ein Kausalzusammenhang verneint worden. Erst wenn ein Erstschaden im Vollbeweis festgestellt sei, wÃ¼re im nÃ¼chsten Schritt die haftungsbegrÃ¼ndende KausalitÃ¤t zwischen dem Unfallereignis und dem Erstschaden zu prÃ¼fen. Bei der Entscheidung mÃ¼ssten alle zwischenzeitlich erstellten Gutachten und Stellungnahmen berÃ¼cksichtigt werden. Das VersÃ¼mnis im 1. Verfahren wÃ¼rde darin bestehen, dass der Gesundheitserstschaden nicht korrekt ermittelt worden sei. AuÃ¼erdem wÃ¼ren die Regeln zur Beurteilung der zweistufigen KausalitÃ¤tsprÃ¼fung verkannt worden. Die KlÃ¤gerin bezog sich dabei auf die bisher eingeholten Gutachten. Sie reichte eine Kopie der DGUV-BroschÃ¼re âGrundlagen der Begutachtung bei ArbeitsunfÃ¼llenâ ein. Sie teilte weiterhin mit, dass im Urteil des Landessozialgerichts der Begriff der haftungsbegrÃ¼ndenden KausalitÃ¤t nicht aufgetaucht wÃ¼re.

Â

Mit Widerspruchsbescheid vom 22.02.2017 wies die Beklagte den Widerspruch der KlÃ¤gerin als unbegrÃ¼ndet zurÃ¼ck.

Â

Soweit die KlÃ¤gerin eine Anerkennung der Myelitis als den durch die Hepatitis-B-Immunisierung verursachten Erstgesundheitschaden und damit die Anerkennung eines Arbeitsunfalls erstrebe, sei mit Blick auf die Unanfechtbarkeit des Ablehnungsbescheides vom 10.10.2007 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.12.2007 diese Begehr als ein Antrag auf RÃ¼cknahme des Verwaltungsaktes mit Wirkung fÃ¼r die Vergangenheit nach [Â§ 44 Abs. 1 Satz 1 SGB X](#) zu deuten.

Â

Nach [Â§ 44 Abs. 1 Satz 1 SGB X](#) sei ein Verwaltungsakt, auch nachdem er unanfechtbar geworden ist, mit Wirkung fÃ¼r die Vergangenheit zurÃ¼ckzunehmen, wenn sich im Einzelfall ergÃ¤be, dass bei Erlass des Verwaltungsaktes das Recht unrichtig angewandt oder von einem Sachverhalt ausgegangen worden sei, der sich als unrichtig erweise, und somit deshalb Sozialleistungen zu Unrecht nicht erbracht worden seien.

Â

Die Vorschrift durchbreche die materielle Bestandskraft. Ziel des [Â§ 44 SGB X](#) sei

es, die Konfliktsituation zwischen der Bindungswirkung eines rechtswidrigen Verwaltungsaktes und der materiellen Gerechtigkeit zu Gunsten letzterer aufzulösen.

Â

Zur Überzeugung des Widerspruchsausschusses lägen keine Anhaltspunkte dafür vor, dass die damals getroffene Entscheidung rechtswidrig gewesen sei. Weder sei ersichtlich, dass der ursprüngliche Verwaltungsakt schon aus rechtlichen Gründen keinen Bestand hätte, noch sei erkennbar, dass von einem Sachverhalt ausgegangen worden sei, der sich als unrichtig erweise.

Â

Der Widerspruchsausschuss stelle fest, dass der ursprüngliche Verwaltungsakt rechtmäßig sei. In diesem Zusammenhang werde darauf hingewiesen, dass unter Zugrundelegung der in den Unterlagen vorhandenen umfangreichen Gutachten aufgrund fehlender neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse lediglich die Möglichkeit bestehe, dass die Hepatitis-B-Immunsierung für die Gesundheitsschäden der Klägerin ursächlich sein könnte.

Eine hinreichende Wahrscheinlichkeit liege nicht vor. Letztendlich habe das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in seiner Entscheidung vom 11.08.2015 rechtskräftig festgestellt, dass ein Zusammenhang zwischen der Impfung, dem Auftreten der Myelitis und der sich im Verlauf entwickelnden Multiplen Sklerose nicht nachgewiesen werden können. Dabei sei dem Urteil des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen zu entnehmen, dass das Gericht zunächst die Myelitis (Erstgesundheitsschaden) und im Rahmen der haftungsausfallenden Kausalität die Multiple Sklerose beurteilt habe. Fehler in der Kausalitätsprüfung durch das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen könne der Widerspruchsausschuss nicht erkennen.

Â

Neue Tatsachen, die eine erneute Sachprüfung erfordern und belegen würden, dass die ursprüngliche Entscheidung unrichtig sei, seien von der Klägerin nicht vorgetragen worden.

Â

Auch die von der Klägerin übersandten umfangreichen Unterlagen sowie das fachneurologische Gutachten des Dr. I. hätten keine neuen Erkenntnisse gebracht, die auf die Unrichtigkeit der Entscheidung hindeuten würden. Diese Unterlagen belegten auch weiterhin lediglich die Möglichkeit eines ursächlichen Zusammenhangs. Es lasse sich aber nicht mit der notwendigen Wahrscheinlichkeit feststellen, dass ein ursächlicher Zusammenhang zwischen der Hepatitis-B-Immunsierung und den Gesundheitsstörungen bestehe. Der Widerspruchsausschuss verweise auf die Ausführungen des Landessozialgerichts

Nordrhein-Westfalen in seinem Urteil vom 11.08.2015 zu der Bewertung von Gutachten und wissenschaftlichen Studien.

Â

Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen stÃ¼tze seine Entscheidung insbesondere auf das Gutachten von Prof. Dr. T.. Demnach komme es nach Auffassung des Widerspruchsausschusses auf eine nochmalige ÃuÃerung von Prof. Dr. I. nicht an. Der Widerspruchsausschuss schlieÃe sich der Entscheidung des Landessozialgerichts

Nordrhein-Westfalen und dem Beschluss des Bundessozialgerichts vom 16.02.2016 an.

Â

Wegen dieser Entscheidung hat die KlÃ¤gerin am 28.02.2017 Klage erhoben. Die KlÃ¤gerin verfolgt ihr Begehren weiter. Auf den ÃuÃerst umfangreichen Vortrag zur KlagebegrÃ¼ndung wird auf die Gerichtsakte Bezug genommen.

Â

Die KlÃ¤gerin beantragt schriftsÃ¤tzlich,

Â

den Bescheid vom 31.08.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22.02.2017 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen, das Ereignis vom 14.05.1998 als Arbeitsunfall anzuerkennen mit der am 16.05.1998 diagnostizierten Myelitis als Gesundheitserstschaden sowie die MS-Erkrankung als Unfallfolge,

die Bestandskraft des Verwaltungsaktes vom 11.04.2007 festzustellen,

hilfsweise die PrÃ¼fung, ob die von der Beklagten erfolgte Umdeutung des Antrags vom 23.04.2016 in einen Antrag gemÃ¤Ã [Â§ 44 SGB X](#) zulÃ¤ssig ist.

Â

Falls die Umdeutung unzulÃ¤ssig ist:

Die Beklagte zu verpflichten, einen neuen Bescheid zu erstellen, mit der Frage, ob ein Arbeitsunfall mit Erstschaden Myelitis vorliegt,

hilfsweise die Feststellung des Erstschadens im Vollbeweis,

und das Gutachten von Dr. I. zur Kenntnis zu nehmen,

und die haftungsbegrÃ¼ndende KausalitÃ¤t zwischen Impfung und Erstschaden

festzustellen.

Â

Die Beklagte beantragt schriftsÃ¤tzlich,

Â

die Klage abzuweisen.

Â

Sie bezieht sich in ihrer Klageerwiderung im Wesentlichen auf die GrÃ¼nde des angefochtenen Bescheides.

Â

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sachverhalts und des Vorbringens der Beteiligten wird auf den Inhalt der Gerichtsakte und die die KlÃ¤gerin betreffende Verwaltungsakte der Beklagten, die der Entscheidung zugrunde gelegen haben, Bezug genommen.

Â

EntscheidungsgrÃ¼nde

Â

Das Gericht hat den Rechtsstreit â nach AnhÃ¶rung der Beteiligten â ohne mÃ¼ndliche Verhandlung durch Gerichtsbescheid entscheiden kÃ¶nnen, da die Sache keine besonderen Schwierigkeiten tatsÃ¤chlicher oder rechtlicher Art aufweist und der Sachverhalt geklÃ¤rt ist.

Â

Die Klage ist nicht begrÃ¼ndet.

Â

Soweit die KlÃ¤gerin auf eine vermeintliche Anerkennung eines Arbeitsunfalls vom 11.04.2007 verweist, wurde dies bereits im Berufungsverfahren vor dem Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen mit Schriftsatz vom 30.07.2015 thematisiert. Dies fÃ¼hrte ausweislich des Urteils vom 11.08.2015 jedoch nicht zu einer formellen Anerkennung eines Arbeitsunfalls.

Â

Des Weiteren hat die KlÃ¤gerin keinen Anspruch auf âerneute Bescheidungâ

ihres Antrags vom 23.04.2016 und die Anerkennung des Ereignisses vom 14.05.1998 als Arbeitsunfall mit einer Myelitis als Gesundheitserstschaden und einer MS-Erkrankung als Unfallfolge.

Â

Mit Bescheid vom 10.10.2007 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.12.2007 hat die Beklagte es abgelehnt, das Ereignis vom 14.05.1998 als Arbeitsunfall anzuerkennen. Das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen hat im Berufungsverfahren die unterschiedlichen medizinischen Gutachten gewÃ¼rdigt und in seinen UrteilsgrÃ¼nden festgestellt, dass die UrsÃ¤chlichkeit der Impfung fÃ¼r das Auftreten der Myelitis und der sich im Verlauf entwickelten Multiplen Sklerose nicht nachgewiesen ist.

Â

Der Bescheid vom 10.10.2007 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.12.2007 erlangte somit Bestandskraft.

Â

Den Antrag der KlÃ¤gerin vom 23.04.2016 auf Anerkennung der Myelitis als durch die Hepatitis-B-Immunsisierung verursachten Erstgesundheitsschaden und damit die Anerkennung des Ereignisses vom 14.05.1998 als Arbeitsunfall hat die Beklagte mit Blick auf die Unanfechtbarkeit des Ablehnungsbescheides vom 10.10.2007 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.12.2007 richtigerweise als Antrag auf RÃ¼cknahme des Verwaltungsaktes mit Wirkung fÃ¼r die Vergangenheit nach [Â§ 44 Abs. 1 Satz 1 SGB X](#) umgedeutet.

Â

Nur diese Vorschrift durchbricht die materielle Bestandskraft. Die von der Beklagten vorgenommene Umdeutung fÃ¼r das Begehren der KlÃ¤gerin war somit das probate rechtliche Mittel.

Ob eine solche Umdeutung gegen den ausdrÃ¼cklichen Willen der KlÃ¤gerin vorgenommen werden darf, mag dahinstehen. Jedenfalls hat die Beklagte mit Bescheid vom 31.08.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 22.02.2017 konkludent â mit Hinweis auf die Bestandskraft des Bescheides vom 10.10.2007 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 12.12.2007 â den Antrag der KlÃ¤gerin vom 23.04.2016 abgelehnt.

Â

Die KlÃ¤gerin hat auch keinen Anspruch auf die Anerkennung des Ereignisses vom 14.05.1998 als Arbeitsunfall und der Myelitis als Gesundheitserstschaden und der Feststellung der MS-Erkrankung als Unfallfolge.

Â

Diesbezüglich verweist das Gericht auf die Ausführungen des Landessozialgerichts

Nordrhein-Westfalen in seinem Urteil vom 11.08.2015 zu der Bewertung der Gutachten und wissenschaftlichen Studien. Danach ist die Ursächlichkeit der Hepatitis B-Impfung für das Auftreten der Myelitis und der sich im Verlauf entwickelten MS nicht hinreichend wahrscheinlich.

Â

Auch das Gutachten von Dr. I. sowie die umfangreichen Ausführungen der Klägerin führen zu keinem anderen Ergebnis. Die Unterlagen belegen lediglich einen möglichen Zusammenhang.

Â

Die Kostenentscheidung folgt aus [Â§ 193](#) Sozialgerichtsgesetz (SGG).

Erstellt am: 21.06.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024